

Wir verlassen damit den ersten Teil, die Beratung über das Gemeindefinanzierungsgesetz.

Ich rufe auf:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Kommunales

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 15/1703 hin, eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner dem Kollegen Kruse für die CDU das Wort.

Theo Kruse (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ganz ohne Frage stehen wir in Zeitabläufen dramatischer Veränderungen. Die politische Lage ist so krisenhaft wie selten.

Wir sind uns sicher einig darin, dass es keinen Königsweg gibt und niemand ein Patentrezept hat, wenn es um Antworten geht zu den Auswirkungen der demografischen Entwicklung, zur Zukunft unseres Sozialstaats, zu den Staatsschulden und der Finanzkrise, um nur diese Beispiele zu nennen. Vor dem Hintergrund der uns bekannten Ereignisse, die nicht ohne Auswirkungen auf die deutsche Innenpolitik bleiben – siehe die Katastrophe in Japan und die Aufstände in der arabischen Welt –, empfiehlt es sich aus meiner Sicht, die zentralen Aufgaben des Staates in besonderer Weise in den Blick zu nehmen.

Sie, Herr Minister Jäger, und die Sie tragenden Fraktionen haben die Zuständigkeit und die Verantwortung für die innere Struktur, für die innere Ordnung und somit auch für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, dem, gemessen an seiner Einwohnerzahl, größten Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Themenbereiche Inneres und Recht sind – wer würde dies bestreiten? – in einem freiheitlichen Rechtsstaat und in einer parlamentarischen Demokratie von fundamentaler Bedeutung. In der 89 Seiten starken Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom vergangenen Jahr umfassen diese zentralen Aufgabenstellungen gerade einmal fünfeneinhalb Seiten, zu denen an anderer Stelle Ausführungen zum Aufenthaltsrecht, zur sogenannten Altfallregelung kommen. Überwiegend handelt es sich bei den Aussagen um Allgemeinplätze, oder aber die Vereinbarungen sind so unpräzise, dass außerordentlich viel Interpretationsspielraum bleibt.

Ihre Ausführungen und Erläuterungen, Herr Minister, zu den Vorhaben der Landesregierung in der 15. Wahlperiode in den Innenausschusssitzungen vom 7. Oktober und vom 4. November des vergangenen Jahres haben für die CDU-Fraktion nicht erkennen lassen, dass die Innenpolitik einen Schwerpunkt dieser Landesregierung bildet. Dies ist umso

bedauerlicher, da wir gerade in unserem Bundesland vor erheblichen Reformnotwendigkeiten stehen.

Der vorliegende Einzelplan 03 zum Gesetzentwurf der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2011 leistet ebenfalls keinen Beitrag, den verfassungsmäßigen Vorgaben zu entsprechen. Die Regierungsseite hat sogar in der vorletzten Innenausschusssitzung die Auffassung vertreten, der vorliegende Entwurf entspräche der Verfassung und man würde keinen Änderungsbedarf für einen neuen Entwurf sehen.

Wir halten Ihre Bewertung und Ihre Vorgehensweise, Herr Minister Jäger, für unverantwortlich – und dies gleich zu Beginn einer neuen Periode, wo man doch alle Möglichkeiten hätte, Veränderungsbereitschaft zu dokumentieren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Situation der öffentlichen Haushalte ist dramatisch. Wenn mehr als 60 % der Steuereinnahmen und mehr als 40 % der Gesamtausgaben für Personal verwendet werden, sind weitreichende Reformen unverzichtbar, will man den Bankrott in Nordrhein-Westfalen vermeiden.

(Beifall von der CDU)

Herr Minister Jäger, welche Anstrengungen unternehmen Sie in Ihrer Zuständigkeit, um dem Gebot der Haushaltskonsolidierung zu entsprechen? Wir teilen als CDU-Fraktion Ihre Einschätzung, dass die Polizei insgesamt verstärkt werden soll und dass wir langfristig ausgerichtete Personalentwicklungskonzepte bei der Polizei benötigen. Aber im Unterschied zu Ihnen sagen wir ebenso klar, dass die Staatsaufgaben auf Kernaufgaben beschränkt und notwendige Stellenzuwächse bei der Polizei durch Stellenreduzierungen in anderen Bereichen erwirtschaftet werden müssen.

(Thomas Stotko [SPD]: Wo denn?)

Das muss bei einem Stellenplan von ca. 325.000 und ca. 410.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes möglich sein. Die rot-grüne Minderheitsregierung betreibt das Gegenteil und liefert aus unserer Sicht im negativen Sinn den Beleg dafür, dass man trotz riesiger Verschuldung nicht in der Lage ist, Bürokratien abzubauen.

(Beifall von der CDU)

Wie ein roter Faden im wahrsten Sinne des Wortes zieht sich durch Ihre Koalitionsvereinbarung der Ruf nach mehr Staat und somit einer kostenfressenden Staats- und Sozialbürokratie. Sie unterliegen einer Staatsgläubigkeit, die nicht zukunftsfähig ist. Wider besseres Wissen, Herr Minister Jäger, machen Sie hier mit, obwohl Ihnen klar ist, dass wir Lösungen brauchen, die weniger Staat bedeuten und durch die die bürgerliche Eigenverantwortung gestärkt wird.

Alle Vorgängerregierungen in den vergangenen drei Perioden haben in den Bereichen Verwaltungsstrukturreform, ressortübergreifende Binnenmodernisierung und Bürokratieabbau, die alle klassischerweise in Ihren Zuständigkeitsbereich gehören, Herr Minister, zumindest in den Absichtserklärungen deutlich mehr Mut bewiesen.

Die in der vergangenen Periode vielleicht zu zögerlich, aber immerhin begonnenen Verwaltungsreformen, so die Auflösung von ca. 140 selbstständigen Behörden und Einrichtungen, entlasten nicht nur den Landeshaushalt langfristig, sondern stärken ebenfalls die kommunale Ebene. Aber bei Ihnen, Herr Minister, fehlt jede Vorstellung zum Abbau von Aufgaben, zur Entflechtung von Kompetenzen, zur Bündelung von Behörden und zu mehr Transparenz im Verwaltungshandeln. Fehlanzeige auch im Einzelplan 03 bei diesem aus unserer Sicht so wichtigen Themenfeld!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der öffentliche Dienst in unserem Bundesland ist unverzichtbar. Er erbringt sicherlich außerordentlich gute Leistungen. Aber er ist durch politische Entscheidungen in den letzten Jahrzehnten deutlich zu groß geworden. Und auch bei der Notwendigkeit einer großen Dienstrechtsreform drückt sich diese Landesregierung vor der Verantwortung und schiebt die Entscheidung vor sich her.

Wann ist mit Vorschlägen, mit Eckpunkten aus Ihrem Haus, Herr Minister, aus dem Finanzministerium und/oder aus der Staatskanzlei zu rechnen? Wann soll im größten Bundesland die Dienstrechtsreform in Kraft treten?

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wie wir alle wissen, werden im Einzelplan 03 die Polizeistärken in besonderer Weise verdeutlicht. Wir sind uns, so denke ich, einig, dass die Sicherung des inneren Friedens, der Schutz des Staates und die Verhinderung von Straftaten klassische hoheitliche Aufgaben sind. Geregelt durch eine Vielzahl von ministeriellen Erlassen nehmen die Polizeibeamtinnen und die Polizeibeamten inzwischen zahlreiche Aufgaben wahr, die weit über ihren gesetzlich bestimmten Auftrag hinausgehen. Natürlich hat die Polizei in der Erfüllung ihrer schweren Aufgabe, im täglichen Einsatz im Grundsatz die uneingeschränkte Rückendeckung durch die Politik verdient, da, wie wir wissen, die Belastungsgrenze häufig überschritten wird und es an personellen Kapazitäten für gewisse Aufgaben mangelt. Wir brauchen eine neue Bestimmtheit, eine Übersicht über die Erlasslage und auch eine Bewertung aller seitens der Polizei zu erfüllenden Aufgaben.

In diesem Zusammenhang frage ich Sie, Herr Minister: Durch welche Maßnahmen werden Sie die Belastungen im Wach- und Wechseldienst verringern? Welche Initiativen werden Sie zur Senkung der Straftaten ergreifen? Wie sieht Ihr Konzept zur Erhöhung der Aufklärungsquote aus, damit wir auch

im Ländervergleich endlich etwas deutlicher nach oben kommen? Wie sieht Ihr Konzept für mehr polizeiliche Präsenz in der Fläche aus? Mit welchen Unterstützungen kann die Kriminalpolizei bei der Auswertung und Bearbeitung – Stichwort „DNA“ – in Zukunft rechnen? Sind Sie der Auffassung, dass wir bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Wirtschaftskriminalität gut aufgestellt sind? Sind Sie für eine Ausweitung der Betätigungsfelder für private Sicherheitsdienste?

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Anzahl der registrierten Straftaten und die Aufklärungsquoten, die in der jährlichen Kriminalitätsstatistik auch in der Jahresvergleichsentwicklung immer wieder verdeutlicht werden, sind und bleiben der Maßstab bei aller Kritik, die man gegenüber dem Zustandekommen von Statistiken vortragen kann.

Wir müssen besser werden. Dies wird in einer Wahlperiode nicht gelingen. Und ich prognostiziere, Herr Minister Jäger, die Kriminalität wird unter dieser rot-grünen Minderheitsregierung zunehmen; denn Sie stehen sich aus der Verantwortung im wahrsten Sinne des Wortes.

(Beifall von der CDU)

Diese Landesregierung und damit auch Sie, Herr Minister Jäger, leisten aus Sicht der CDU-Fraktion keinen Beitrag zur Verringerung der Staatsschulden, zur Bekämpfung der Finanznot der öffentlichen Haushalte, zur Einschränkung Staatstätigkeit ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Sie achten auf die Redezeit, Herr Kollege Kruse?

Theo Kruse (CDU): ... und zur Notwendigkeit der Konzentration auf die eingangs beschriebenen klassischen Kernaufgaben des Staates.

Deswegen kann die CDU-Fraktion dem Einzelplan 03 nicht zustimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. – Für die Fraktion der SPD hat Herr Kollege Stotko das Wort.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kruse, dass Sie es nicht schaffen, dem Einzelplan zuzustimmen, habe ich mir noch gedacht, aber von Ihrer Rede – das möchte ich Ihnen ganz deutlich sagen – hatte ich mir mehr erhofft. Sie sprechen über die Frage, was der Minister alles nicht tut und was er alles tun müsste, doch das Einzige, was ich von Ihnen und Ihrer Fraktion zum Haushalt gehört habe, ist, dass wir 700 Millionen € Minderausgaben produzieren sollen, in allen Bereichen. Das heißt,

Herr Kollege Kruse, dass wir bei unserem Etat in Höhe von 4,6 Milliarden € – der macht 8 % aus – allein in diesem Einzelplan 56 Millionen € einsparen müssten. Kein Hinweis aber von Ihnen, wie wir das einsparen können, kein Hinweis darauf, wo Sie die Millionen herholen wollen, um allein Ihre Minder Ausgaben, die 700 Millionen €, reinzuholen!

Das, was Sie in den letzten Jahren gemacht haben, wofür Sie auch abgewählt worden sind, waren die 1,5 % pauschale Kürzungen. Wohin hat uns das geführt? – Dazu will ich Ihnen ein Beispiel nennen. Würden Sie aus Dortmund kommen, dann wüssten Sie es. Weil Sie dort in den Bezirksregierungen so eingespart haben, konnte Envio überhaupt nur passieren.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Mangels Personal gibt es dort Menschen, die schwer verseucht sind, und heute ...

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Wären Sie bei der gemeinsamen Pressekonferenz gewesen, Kollege Laumann, dann wüssten Sie das noch besser.

Auch im Arbeitsschutz und in den Bezirksregierungen haben Sie gekürzt. Hätten Sie dort weiter gekürzt, Kollege Kruse, würden wir jetzt über 700 Stellen reden. Sie wollten in diesem Haushalt 713 kw-Stellen realisieren, die wir nicht mehr realisieren wollen. Wo wollen Sie die denn herholen? Sie sagen, Sie wollen Personal einsparen.

Wir haben von 55.000 Planstellen 45.000 für Polizisten. Dazu haben Sie gerade gesagt: Da können wir nichts machen, die brauchen wir alle. – Dann wären die schon mal weg. Dann haben wir 6.800 in Bezirksregierungen. Wenn Sie dort, wie ich Ihnen gerade erklärt habe, welche rauskürzen würden, dann wird es noch schlechter. Inzwischen haben wir eine Stellenbesetzungsquote von 87 % in den Bezirksregierungen. Wo sollen die Leute herkommen? 1.700 bei IT.NRW. Wo kürzen wir die denn weg? Brauchen wir die nicht mehr? – Und dann bleiben letztendlich die 773 Beschäftigten im Ministerium für Inneres und Kommunales. Na, wenn die alle gehen sollen und wir das Haus leerziehen, ist das natürlich ein Hinweis. Aber auch dazu habe ich von Ihnen nichts gehört.

Das heißt, letztendlich stellen Sie sich hier hin, „markern“ an, wir müssten Personal kürzen, sagen aber nicht, wo, tragen uns auf, wir sollten 56 Millionen € kürzen, geben aber nicht an, wo. Dann setzen Sie sich wieder auf Ihren Platz und glauben, das sei Genugtuung. Beim besten Willen: Das ist uns zu wenig, so machen Sozialdemokraten keinen Haushalt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Gegensatz zu Ihnen haben wir, was Kollege Lohn schon einmal im Ausschuss gesagt hat, 123

neue Planstellen bei der Polizei geschaffen und 395 kw-Vermerke prolongiert für unsere 1.400 Einstellungen. Auch da sind wir weit an Ihnen vorbeigegangen. Sie hatten frühzeitig vor der Landtagswahl 2005 formuliert, Sie wollen die Einstellungen bei der Polizei erhöhen. Das haben Sie erst zwei Jahre später getan, und dann mit 1.100 immer noch zu wenig. Wir stellen nun 1.400 ein. Im Übrigen machen wir an der Fachhochschule einen Stellenausbau um 30 Stellen. Sie haben damals die 1.100 Einstellungen gemacht, ohne an der Fachhochschule weitere Stellen zu schaffen. Das musste die Fachhochschule aus ihren eigenen Mitteln erwirtschaften, was kaum zu schaffen war. Wir sorgen dafür, dass das funktioniert.

Ich will Ihnen noch eins sagen. Sie, Herr Kollege Kruse, sprachen gerade über unseren Koalitionsvertrag. Fünfeinhalb Seiten von 89, das sei Ihnen zu wenig. Sollen wir uns einmal Ihr Wahlprogramm für die Landtagswahl 2010 anschauen?

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Sehr schön!)

Eine Seite für Inneres!

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Sehr schön!)

Wissen Sie, was der Großteil auf dieser einen Seite beinhaltet? Die private Wachpolizei. Das muss Ihnen ja wirklich was Wert gewesen sein.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Bei uns gibt es keine private Wachpolizei. Das haben wir vor der Wahl gesagt. Das halten wir nach der Wahl ein. Selbst heute sagen Sie dazu nichts mehr, weil Sie selber wissen, dass das hanebüchener Unsinn ist. In einer Situation, die Sie selber als dramatisch beschreiben und in der innere Sicherheit wichtig ist, spielen wir nicht mit privaten Sicherheitsfirmen und auch nicht mit privaten Wachpolizeien. Da stellen wir mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ein und sorgen im Gegensatz zu Ihnen für innere Sicherheit.

Wichtig ist mir auch folgender Punkt: Wir haben es nicht nur mit 1.400 Neueinstellungen bei der Polizei zu tun. Nichts gesagt haben Sie zum Datenschutz. Ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist – ich helfe Ihnen gerne –: Wir weiten die Mittel für den Datenschutz um acht Stellen plus Sachkosten aus. Kein Wort von Ihnen dazu!

Kein Wort auch, dass es diese neue Landesregierung ernst nimmt, wie mit den Daten der Bürgerinnen und Bürger Schindluder getrieben wird, wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Unternehmen mit geheimen Kameras überwacht werden. Diese Regierung nimmt das jetzt ernst und weitet den Bereich aus, nimmt Geld in die Hand.

Auch zum Präventionskonzept ist von Ihnen nichts zu hören. An der Stelle hätten Sie es wirklich leicht gehabt, Kollege Kruse; das muss ich Ihnen deutlich

sagen. Wir haben hier im Parlament fraktionsübergreifend den Bericht der Enquetekommission beschlossen. Den setzt ein Minister, nämlich der Minister für Inneres und Kommunales, mit seinem Präventionskonzept und einem Jahresetat von 8,5 Millionen € um. Kein Wort von Ihnen dazu, dass es richtig ist, genau dieses Geld bei der Prävention in die Hand zu nehmen, dass es richtig ist, jedem Jugendlichen einen Schulabschluss zu ermöglichen und einen Ausbildungsplatz vorzuhalten, dass wir die Kinder und Jugendlichen früh abfangen, wenn sie delinquent, straffällig oder überhaupt auffällig zu werden drohen.

Ich gehe im Übrigen auch fest davon aus, dass in anderen Bereichen ebenfalls in Prävention investiert wird, nämlich im Bereich Jugend und Schule. Der Minister für Inneres und Kommunales setzt etwas um, was Sie gewollt haben. Da hätten Sie ihn auch mal loben können oder klatschen können. Im Ausschuss waren Sie in dieser Frage etwas freigiebiger; das will ich Ihnen deutlich sagen.

Neben dem Datenschutz und der Prävention haben wir weitere Bereiche, dass wir zum Beispiel alle Computer – es handelt sich um immerhin 35.000 – mit Windows 7 und Office 10 ausrüsten. Es kann nicht sein, dass die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei an Rechnern sitzen, die vorsintflutlich sind, während sie parallel zu Hause an Rechnern mit moderner Struktur arbeiten.

Als letzten Punkt nehme ich die Flüchtlingspolitik. Darauf hatten Sie auch gerade hingewiesen. Das Thema ist wichtig. Ich wäre froh, wenn wir daran fraktionsübergreifend arbeiten könnten. Das gilt auch für das Thema „Zuwanderungspolitik“ und der Frage, wie wir derzeit mit Flüchtlingen und Geduldeten hier in Nordrhein-Westfalen umgehen. Leider ist es so, dass Sie von der CDU in dem Bereich eher zurückhaltend sind, Kollege Kruse. Das gilt auch für die FDP, Kollege Engel.

Wegen der gestiegenen Asylbewerberzahlen müssen wir 10 Millionen € mehr in die Hand nehmen. Diese Summe tut uns im Etat zunächst einmal weh. Aber unabhängig von dieser Frage müssen wir eine europäische Flüchtlings- und Einwanderungspolitik betreiben, bei der klar wird, wie wir mit den Menschen umgehen, die seit fast 20 Jahren hier sind, einen Teil der Schulabschlüsse hinter sich gebracht haben, von denen wir behaupten, wir brauchten sie nicht in unserem Land. Das Gegenteil aber ist der Fall.

Als Letztes eine ganz kleine Summe, die bei Ihnen vermutlich auch untergegangen ist. An der Stelle hätte ich auch mehr von Ihnen erwartet. Es geht um 65.000 €. Ich weiß nicht, ob Sie diese Position noch nicht entdeckt haben. Ich helfe Ihnen: Wir stellen dem Verband der Feuerwehren 65.000 € für eine hauptamtliche Geschäftsstelle zur Verfügung. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Innenpolitik, Sie wissen, warum das nötig ist. Ich will nicht an das

Phönix-Desaster erinnern. Aber dass wir den neuen Verband der Feuerwehren mit 65.000 € unterstützen, damit so etwas demnächst eher nicht mehr vorkommt, Ihnen helfen, bei der Vertretung der zahlreichen Feuerwehrleute in den Werksfeuerwehren, den Berufsfeuerwehren und den freiwilligen Feuerwehren, die alle jetzt in einem Verband zusammengeschlossen sind, halte ich für den richtigen Schritt. Das hat die Landesregierung mit dieser Förderung gut erkannt.

Deshalb kann man, glaube ich, zu Recht sagen: Ob es das Präventionskonzept ist, die Stärkung der Polizei und der Bezirksregierungen, die Ausweitung des Datenschutzes, alles sind positive Nachrichten, die eigentlich die Zustimmung des gesamten Parlamentes verdient hätten. – Besten Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Kollege Bolte das Wort.

Matthi Bolte (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fand das, was wir in den letzten Wochen in den Haushaltsberatungen erlebt haben und was Herr Kruse heute fortgesetzt hat, schon bemerkenswert: Über Wochen verschanzen sich CDU und FDP hinter pauschaler, plakativer Kritik an unserem Haushaltsentwurf, machen sich aber nicht wirklich die Mühe, einmal zu sagen, wohin es denn mit der Haushaltsreise gehen soll.

Man muss anerkennen: Immerhin hat sich die CDU die Mühe gemacht, einen Antrag vorzulegen – schön global. Von der globalen Minderausgabe werden wir im Einzelplan 03 sicher betroffen. Ansonsten haben Sie an dieser Stelle keine Vorschläge gemacht. Die FDP hat angekündigt, dass ihre Vorschläge zur dritten Lesung kommen. Allerdings hat sie vorsichtshalber nicht gesagt, ob es die dritte Lesung zum Haushalt 2011 ist.

Ich möchte mich nicht lange daran aufhalten, wie Sie es hinbekommen, meine Damen und Herren von CDU und FDP

(Ralf Witzel [FDP]: In jedem Falle besser als Sie!)

– auch Sie, Herr Kollege Witzel –, sich als die neuen Dagegen-Parteien zu profilieren. Mir ist es wichtiger, einen Blick auf das zu werfen, was in diesem Haushalt an Gestaltung steckt.

Ein zentrales Vorhaben dieser Regierung und der sie tragenden Fraktionen ist der gesamte Präventionsbereich. Statt spät und mit kostenträchtigen Maßnahmen zu intervenieren, werden wir früh eingreifen und vorbeugen. Das lohnt sich. Herr Minister Jäger hat am vergangenen Donnerstag im Innenausschuss noch einmal sehr ausführlich dargelegt,

wie die volkswirtschaftlichen Effekte von Prävention sind, nämlich positiv. Wir bewegen uns dabei sogar in sehr, sehr großen Summen.

Wir können auch auf individueller Ebene positive Effekte der Prävention beobachten. Diejenigen, die wir mit unserem Präventionskonzept, das vergangenen Donnerstag im Innenausschuss vorgestellt wurde und bei Ihnen, dem Kollegen Engel wie auch den Kolleginnen und Kollegen der CDU, auf große Zustimmung gestoßen ist, erreichen wollen, sind junge Menschen, die von sehr großen Schwierigkeiten betroffen sein können und vor großen Schwierigkeiten stehen werden, wenn ihnen nicht frühzeitig und richtig geholfen wird. Frühe und intensive Kriminalität im Kindes- und Jugendalter kann schnell Auswirkungen auf den gesamten Lebenslauf haben. Deshalb gilt es früh einzugreifen. Es ist dringend geboten, auf diesem Feld aktiv zu werden, wie es diese Landesregierung tun wird.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ein weiteres Gestaltungsfeld, das schon angesprochen worden ist: Wir stellen 300 zusätzliche Kommissarsanwärterinnen und Kommissarsanwärter ein. Das ist wichtig, um die demografische Entwicklung innerhalb der Polizei abzufedern.

Wir können auf lange Sicht einen Personalmangel und die damit verbundenen Einbußen bei der inneren Sicherheit verhindern. Vor uns liegt nämlich – das wissen die Kolleginnen und Kollegen, die sich mit dieser Materie auskennen – eine Pensionierungswelle der einstellungsstarken Jahrgänge. Außerdem haben wir – auch dort ist unsere Landesregierung vorangegangen – ein großes Problem mit der Altersstruktur in den einzelnen Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen. Mit dem Aufwuchs bei den Neueinstellungen werden wir es hinbekommen, auf die Altersstruktur in den einzelnen Kreispolizeibehörden in einer sehr positiven Weise einzuwirken.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Es kommt aber nicht nur darauf an, wie viele Polizistinnen und Polizisten wir haben oder dass wir für Nordrhein-Westfalen mehr einstellen. Es kommt auch nicht nur darauf an, wie alt die Polizistinnen und Polizisten sind. Vor allem kommt es sehr stark darauf an – auch dort haben wir einen großen Konsens zwischen dieser Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen –, wie Polizeiarbeit gemacht wird.

Hier sage ich mit großem Selbstbewusstsein und sehr großem Stolz auf die Polizeiarbeit, wie sie in Nordrhein-Westfalen gemacht wird: Einen blutigen Donnerstag, wie ihn Stefan Mappus am 30. September des vergangenen Jahres zu verantworten hatte, würde es mit nordrhein-westfälischer Polizei und mit der Art und Weise, wie nordrhein-westfälische Polizei ihre Arbeit macht, nicht geben; denn wir stehen für verantwortungsvolles polizeiliches Handeln von gut ausgebildeten und gut aus-

gestatteten Kräften. Das ist es, was den Menschen in diesem Land Sicherheit gibt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir machen – das soll der dritte Komplex sein, auf den ich näher eingehen und den ich stärker hervorheben möchte – Nordrhein-Westfalen mit diesem Haushalt und mit unserer Koalitionsarbeit menschlicher und demokratischer. Nordrhein-Westfalen schützt Menschen und hilft Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung sind. Dafür reichen die bislang bestehenden Strukturen aber nicht aus.

Deshalb werden wir die Mittel für die soziale Beratung von Flüchtlingen erhöhen. Das ist auch dringend geboten; denn die Förderrichtlinien in diesem Bereich und damit die Förderbeträge sind seit 1997 nicht mehr angepasst worden. Es ist also an der Zeit, hier aktiv zu werden – ebenso wie es Zeit ist, die verstärkte Förderung der Betreuung und Beratung in Abschiebehaft anzugehen. Das sind Posten in diesem Haushalt, die aus meiner Sicht klein, aber erwähnenswert sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

In diesem Bereich werden wir noch etwas anderes schaffen. Wir werden die freie Flüchtlingsarbeit wieder bezuschussen und damit einen großen Fehler der Vorgängerregierung rückgängig machen; denn die Mittel für den Flüchtlingsrat waren als einer der ersten Posten dem schwarz-gelben Rasenmäher zum Opfer gefallen.

Ein weiterer Aspekt in diesem Feld ist folgender: Jeden zweiten Tag wird in Nordrhein-Westfalen ein Mensch Opfer rassistischer oder rechtsextremer Gewalt. Damit liegt dieses Land im Vergleich weit vorn. Wenn man noch die – vermutlich sehr hohe – Dunkelziffer einbezieht, muss man feststellen: Es ist sicherlich ein richtiger Schritt, den wir in der Ausschussberatung gegangen sind, an dieser Stelle zusätzliche Mittel einzustellen, um Beratungsstellen zu schaffen.

Damit gehen wir auch den ersten Schritt in Richtung des Handlungskonzepts gegen antidemokratische Tendenzen, das wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Wir werden Beratungsstellen schaffen, mit denen wir den Opfern rechter und rassistischer Gewalt vor Ort Hilfe und Beratung geben können, beispielsweise psychosoziale Beratung, Krisenintervention, rechtliche Hinweise und juristischen Beistand. Darüber hinaus soll lokale Intervention möglich sein und die Öffentlichkeit stärker für diese Thematik sensibilisiert werden. Durch solche Beratungsangebote wird Demokratie vor Ort gestärkt. Das ist wichtig für unser Gemeinwesen, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schließlich ist ein ebenfalls kleiner, aber umso wichtiger Posten zu nennen, der auch nicht unerwähnt bleiben darf, nämlich das Thema „Datenschutz“.

Dort werden wir massiv nachbessern. In den letzten Jahren hätte auch durchaus Potenzial bestanden, um es einmal freundlich zu formulieren, Dinge besser zu machen. Es gab in den vergangenen Jahren genügend Datenskandale bei großen Unternehmen. Wir stehen vor der großen Herausforderung, unsere Gesellschaft datenschutzkompetent zu machen, die Bürgerinnen und Bürger also im Umgang mit persönlichen Daten und im Schutz ihrer Privatsphäre fit zu machen. Auch da werden wir für massive Verbesserungen sorgen.

Ich habe eingangs erwähnt, dass zwei von drei Oppositionsfraktionen nicht bereit waren, konkrete Vorschläge zu machen. Sie sind nebulös geblieben, was die Frage betrifft, wohin es denn gehen soll und wo denn die Einsparmöglichkeiten sind, von denen Sie immer sprechen. Sie sagen, es gebe noch Luft nach unten. Wenn es aber darum geht, konkret zu benennen, wo es Handlungsspielräume gibt, bleiben Sie lieber nebulös.

Oder möchten Sie uns vielleicht irgendwann mit einer Liste der Grausamkeiten konfrontieren? Ich habe schon vor vier Wochen von Ihnen im Innenausschuss gefordert, die Grausamkeiten zu benennen, die für substanzielle Einsparungen im Innenbereich notwendig wären. Sie könnten zum Beispiel Lebensarbeitszeiten verlängern und Polizistinnen und Polizisten über das 62. Lebensjahr hinaus arbeiten lassen. Sie könnten Beamtinnen und Beamte des feuerwehrtechnischen Dienstes auch mit über 60 Jahren ihren wichtigen Dienst für unser Gemeinwesen versehen lassen. Sie könnten, wie in Bayern, Hessen und Thüringen geschehen, die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf 42 Stunden erhöhen. Sie könnten das Weihnachtsgeld streichen. Sie könnten auch die Einstellungsermächtigungen bei der Polizei zurückdrehen. Bei allen diesen Punkten frage ich mich, ob Sie das wirklich wollen, wenn Sie von substanziellen Einsparungen sprechen. Wir wollen das alles nicht. Ich bin auch froh, dass es nicht so weit kommen wird.

Ich kann mich schließlich – damit möchte ich zum Ende kommen – einer Forderung der Deutschen Polizeigewerkschaft anschließen. Das ist für Grüne sicherlich ungewöhnlich. Der Landesvorsitzende der DPoIG NRW, Herr Rettinghaus, hat uns alle vor einigen Wochen aufgefordert, mit dem Haushaltsgeizäck Schluss zu machen und, wie vorgesehen, neue Polizistinnen und Polizisten einzustellen und massiv in Prävention zu investieren. Dieser Forderung kann ich mich absolut anschließen. Allerdings muss ich auch sagen: Es sollte Ihnen vielleicht zu denken geben, wenn ein Grüner sich hier mit den Forderungen eines Ihrer engsten Bündnispartner verbündet, während Sie dann dagegen stimmen werden.

Wenn Sie heute bei diesem Einzelplan mit Nein stimmen, muss klar sein: Sie stimmen gegen 300 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten, die in die-

sem Land für Sicherheit sorgen werden. Sie stimmen auch gegen die einstimmige Empfehlung der Enquetekommission „Prävention“. Das muss klar sein. Sie profilieren sich heute als ewige Neinsager, die konstruktive Mitarbeit ebenso verweigern wie eine verantwortungsvolle Oppositionsarbeit.

Sie sollten sich dringend Gedanken machen, ob dieser Kurs der ideenlosen Nebenerwerbsopposition wirklich eine gute Idee für unser Land ist oder ob es nicht ein besserer Weg ist, so vorzugehen, wie es die Koalition macht. Wir gestalten dieses Land. Wir verbessern die Sicherheit in diesem Land. Wir machen Nordrhein-Westfalen menschlicher und demokratischer. Das ist es auch, was die Leute im Land erwarten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Engel.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Oh, die Redezeit ist schon zu Ende?

(Minister Ralf Jäger: Ja, das geht heute schneller!)

– Das geht schneller, wunderbar. – Herr Stotko und Herr Bolte, zu Beginn ganz kurz einen einzigen Hinweis: Der Haushalt 03 beschreibt mehr oder weniger, wie am Ende innere Sicherheit in unserem Land umgesetzt werden soll. Da gibt es traditionsgemäß Riesenkonsens. Innere Sicherheit zählt wirklich zu den Kernbereichen staatlichen Handelns. Insofern unterscheiden wir uns nur marginal an der einen oder anderen Stelle.

Ich komme zum Haushalt 03 – Inneres – mit 55.150 Stellen. Ich hoffe, das stimmt.

(Minister Ralf Jäger: Passt!)

– Genau, Sie können es gleich korrigieren, dann haben wir endlich mal vernünftige Zahlen. Also: 55.150 Stellen und 2,5 Milliarden € Personalkosten.

(Minister Ralf Jäger: Sie haben recht!)

– Ich habe recht, vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Minister Ralf Jäger: Kommt aber selten vor!)

– Ach, manchmal schon. – Das ist das nach dem Schulbereich der personalintensivste Bereich. Hinzu kommen noch 30.000 Versorgungsempfänger. Die Personalkosten in Form von Versorgungsbezügen usw. machen insgesamt genau 1 Milliarde € jährlich aus – Tendenz: leider stark steigend. Die gesamten Pensionslasten des Landes liegen gegenwärtig bei über 4 Milliarden €. Im Jahr 2020 bzw. 2030 werden

sie auf über 7 Milliarden € geschätzt. Darauf müssen wir uns einstellen.

Wir wollen als FDP, dass die Polizeibeamten und Versorgungsempfänger auch im Jahre 2025 noch personell gut ausgestattete Behörden und sichere Bezüge haben. Dafür braucht es eine solide, verantwortungsvolle und weitsichtige Haushalts- und Finanzpolitik und eine langfristige Finanzplanung; das ist überhaupt keine Frage.

Zusätzliche acht Stellen im Bereich des Landesdatenschutzbeauftragten begrüßen wir ausdrücklich.

Wir begrüßen auch, dass dem Feuerwehrverband geholfen wird.

Wir begrüßen ebenfalls die zusätzliche Neueinstellung bei der Polizei. Ich möchte aber darauf hinweisen: Wir – die Vorgängerregierung – waren nicht in der Lage, das 2005 sofort umzusetzen, weil der Bologna-Prozess die Kapazitäten des Hauses und des gesamten Strangs der Weiterbildung so in Anspruch genommen hatte, dass wir damals mit Neueinstellungen warten mussten. Als wir 2005 in die Verantwortung kamen, haben wir von 470 auf 1.100 Stellen erhöht. Jetzt erhöhen Sie auf 1.400. Damit sind wir einverstanden. Man muss aber den Hintergrund kennen, wenn man es kritisiert.

Beim Thema „Prävention“ oder „Bekämpfung der Jugendkriminalität“ haben Sie die Unterstützung der FDP. Das wissen Sie; da gehen wir wirklich Hand in Hand. Nach den neuesten Zahlen des Innenministeriums hatten wir im Jahr 2010 in Nordrhein-Westfalen 3.969 mehrfach tatverdächtige Kinder und Jugendliche. Diese rund 6 % Kinder und Jugendliche haben mit etwa 30.000 Taten etwa 33 % aller Straftaten in dieser Altersgruppe begangen.

Auch hier wurde bis zum Jahr 2005 kaum etwas gemacht. Ich erinnere daran: Schwarz-Gelb hat hier in den letzten Legislaturperiode wichtige Weichenstellungen in Form eines 25-Punkte-Programms vorgenommen. Dass alle Projekte – etwa Staatsanwalt vor Ort, Haus des Jugendrechtes – von der neuen Landesregierung fortgeführt werden, begrüßen wir.

Aber wir sind in einigen Bereichen noch nicht so weit gekommen, wie wir es gerne gewollt hätten. Mit dem „Projekt Prävention Jugendkriminalität“ werden nun die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission III umgesetzt – wunderbar. Das ist richtig und wichtig. Dazu haben wir uns verständigt – da sieht man den Konsens quer über die Fraktionsgrenzen hinweg –, eine kleine Arbeitsgruppe einzurichten, die dann unterstützt, flankiert, parallellaufend, wenn es denn klappt, aus dem Parlament heraus die Handlungsempfehlungen mit Unterstützung der Regierung umsetzen kann. Die Einladungen sind raus; die Terminkoordinierung läuft.

Die im ersten Haushaltsentwurf unter dem Stichwort „Landespräventionsstelle“ etatisierten 8,5 Millio-

nen € wurden nun von Rot-Grün auf 4,25 Millionen € halbiert. Nun müssen die Mittel nach Ansicht der FDP auch zielgerichtet und sinnvoll in konkrete Maßnahmen einmünden. Vielleicht wird der Innenminister uns nachher dazu etwas sagen.

Auch sind wir froh, dass der Anregung in unserem Antrag Drucksache 15/479 entsprochen wurde, Einrichtungen für den Jugendstrafvollzug in freien Formen zu schaffen und dafür kurzfristig der Haushalts-titel 684 30 mit 2,3 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2012 bis 2015 eingerichtet wurde. Auch das ist wichtig und richtig und wird von der FDP unterstützt.

Zu Duisburg und Oberhausen – Herr Jäger, das kann ich Ihnen nicht ersparen – haben wir uns gewundert, dass im Haushalt zum Beispiel zur Unterstützung der Opfer, was Duisburg angeht, kein zusätzliches Geld eingestellt wurde. Möglicherweise können Sie darauf noch mal eingehen. Das ist ein wichtiger Punkt, wenn man über Geld spricht.

Die Leistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge wurden von SPD und Grünen zuletzt durch umfassende Änderungsanträge um über 17 Millionen € erhöht. Einzelne Titelansätze wurden mit der nichtsagenden Begründung, dass dies aufgrund eines erhöhten Zugangs von Asylbewerbern erfolgt, fast verfünffacht, obwohl die tatsächlichen Ist-Ausgaben für 2010 dies nicht rechtfertigen. Auch da wäre ich Ihnen dankbar, Herr Minister, wenn Sie nachher etwas dazu sagen würden. Wir vermuten als Hintergrund die historische Revolution im Norden Afrikas. Aber vielleicht gibt es auch andere Gründe.

Digitalfunk ist ein Dauerthema, seitdem ich hier im Parlament mitarbeiten darf. Zur Einführung des Digitalfunks wurde der Titelanatz um 37 Millionen € gekürzt. Im ersten Entwurf waren es 30 Millionen €, und dann kamen mit der Ergänzungsvorlage 7 Millionen € dazu. Auch dazu würde ich gerne den Hintergrund hören. Wir haben in der Fachausschussberatung nicht erkennen können, worin die genauen Gründe für die Verzögerungen liegen.

Zum Thema „Wohnungseinbrüche“ – ein Dauerthema in der gesamten Republik, aber auch in Nordrhein-Westfalen. Es gibt einen Anstieg um 9 %. Wir haben Regionen mit einer Aufklärungsquote von unter 13 %. Man kann das auch anders formulieren: Nicht aufgeklärt werden in einigen Regionen bis zu 89 % der Wohnungseinbrüche. Da muss man gegensteuern. Woran es liegt, kann ich Ihnen nicht sagen. Vielleicht bekommen wir im Innenausschuss das eine oder andere Konzept zu hören.

Wenn ich jetzt an die Drogenpolitik der Minderheitsregierung denke, haben Sie die Eigenbedarfsgrenzen bei weichen Drogen auf zehn Gramm ausgeweitet. Aus Polizeikreisen hören wir, dass das ein fatales Signal ist. Man muss berücksichtigen: Beim erhöhten Wirkstoffgehalt braucht kein Gelegenheitskonsument zehn Gramm, aber Kleindealer

können in Zukunft ungeschoren davonkommen. Das, finden wir, ist der falsche Weg!

Ich komme nun zur Polizeistrukturreform, die man auch ansprechen muss. Ich weiß, Sie wollen in dieser Legislatur dort die jetzige Organisation so belassen. Zumindest haben Sie das angekündigt, und ich habe dafür auch in gewisser Weise Verständnis. Ja, Reformen sind immer gerade in der Polizei unbeliebt. Man möchte lieber in Ruhe gelassen werden. Ich sage Ihnen noch einmal: Das Scheu-Konzept ist nicht tot, das gibt es. Wir haben immer noch zu viele Behörden, 47 sind zu viel. Die kleinste hat meines Wissens so um die 170 Mitarbeiter, die größte 5.000 Mitarbeiter. Das ist schwierig. Ich möchte Sie ermuntern, da doch initiativ zu werden.

Ich komme auf einen Punkt zurück, der in der letzten Legislatur eine große Rolle gespielt hat. Ich erinnere an den Kollegen Karsten Rudolph, der sich damals sehr intensiv mit der organisierten Kriminalität, der Mafia und den Rockerbanden befasst hatte. Da hätte ich mir gerne gewünscht, dass Sie das in Kontinuität aufgegriffen hätten, um Konzepte vorzulegen. Wir brauchen eine Qualitätsoffensive im Kampf gegen die Mafia. Das ist überhaupt keine Frage.

Polizeigesetz – eine offene Wunde. Ja, wir wurden dafür in der letzten Legislatur kräftig kritisiert und beklagt. Zu Beginn der neuen Legislatur ist die Klage zurückgenommen worden. Wann können wir denn da mit einem Gesetzentwurf rechnen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt noch einen bitteren Bereich, den ich ansprechen muss. Aber da sind wir parlamentarisch schon unterwegs. Das ist ein beinahe sicherheits- oder polizeifreier Raum, nämlich der ganze Bereich in Bussen, U-Bahnen, Straßenbahnen, U-Bahn-Bahnhöfen und -Haltestellen, der der Verbesserung der Sicherheit bedarf. Wir haben gehört: Obwohl dieser Bereich nicht explizit in der Kriminalstatistik als Tatort geführt wird, wurden über 50.000 Straftaten genannt. Das Dunkelfeld ist ungleich höher. Seit unserem Antrag vom 25. Januar 2011 haben wir wirklich eine ganze Serie von brutalen Übergriffen über die Medien transportiert bekommen. Also, da ist wirklich Handlungsbedarf vorhanden. Wir sind da im Gespräch und kommen in dieser Woche auf dieses Thema noch einmal zu sprechen.

Ich möchte heute aber auch an einen anderen Bereich erinnern: Es gibt leider, Herr Jäger, Quartiere in Nordrhein-Westfalen, in die die Polizei nur mit zahlenmäßig starker Besetzung hineingeht. Da wackelt das Gewaltmonopol des Staates. Auch da hätte ich gerne, dass Sie darauf eingehen und dass wir uns da auf Konzepte verständigen. Der Staat hat das Gewaltmonopol. Es kann nicht sein, dass es Bereiche im Lande gibt – Quartiere, wie ich sie nenne –, wo man sich nicht traut oder man sehr viele Kräfte zusammenziehen muss, dass man sich da traut. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Engel. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Frau Conrads.

Anna Conrads (LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Tribüne! Die Linke hat im Gegensatz zu anderen Oppositionsfraktionen in diesem Haus zahlreiche Änderungsanträge eingebracht und gesagt, wo sie mehr Geld will und wo sie Sparpotenziale sieht. Das unterscheidet uns. Einige unserer Initiativen sind durchaus von der Landesregierung aufgegriffen worden, viele andere nicht. Dazu komme ich gleich noch.

Vorweg möchte ich sagen, dass ich an einem Punkt auf jeden Fall mit Herrn Stotko und Herrn Bolte übereinstimme, nämlich in der Frage, dass der öffentliche Dienst auf keinen Fall weiter kaputtgespart werden darf.

(Beifall von der LINKEN)

Im Gegenteil: Die Einsparungen im Bereich der Umweltverwaltung, im Bereich des Arbeitsschutzes haben zu tiefen Einschnitten geführt. Wir sehen die Folgen jetzt unter anderem bei Envio. Damit muss Schluss sein. Da muss eigentlich wieder draufgesattelt werden.

(Beifall von der LINKEN)

Der Einzelplan 03 – Inneres und Kommunales – hat ein Gesamtvolumen von rund 4,66 Milliarden €. Die Linke stellt fest, dass es dort durchaus ein bisschen Licht gibt, aber auch ordentlich Schatten. Ich fange mit dem „bisschen Licht“ einmal an:

Herr Bolte hat schon die acht zusätzlichen Stellen für den Datenschutz angesprochen. Das begrüßt die Linke außerordentlich. Heute war in der „WAZ“ wieder zu lesen, dass der Bundesdatenschutzbeauftragte auf die vielen, vielen Lecks und Probleme beim Datenschutz, auch Missbrauch durch staatliche Behörden, hingewiesen hat. Vielleicht können ja die neu eingestellten Datenschützer auch wieder die Scherben aufsammeln, die der Zensus, also die Volkszählung, in NRW anrichten kann.

(Beifall von der LINKEN – Minister Ralf Jäger:
Ach, Frau Conrads!)

Der nächste Punkt, ein großer Batzen im Einzelplan 03, der immer von besonderem Interesse ist und hier auch viel Raum eingenommen hat, ist die Polizei. Im Bereich der Polizeibeamten ist zu verzeichnen, dass mit den 300 zusätzlichen Kommissarsanwärterinnen und -anwärtern der zu erwartenden Pensionierungswelle und der Überalterung entgegengewirkt werden soll. Das begrüßen wir.

Leider gilt diese Weitsicht nicht im Bereich der kriminalpolizeilichen Stellen. Denn hier droht immer

noch die Überalterung, und es ist immer noch unmöglich, als externer Bewerber direkt eingestellt zu werden oder als besonders spezialisierter Beamter der Schutzpolizei in den kriminalpolizeilichen Dienst zu wechseln. Sie sollten aufpassen, dass Ihnen die Altersstruktur – das hat mir der Bund der Kriminalbeamten so übermittelt – bei der Kripo und damit verbunden auch das Wegbrechen von Fachwissen in Bezug auf Tatorte, Erkennen von Mustern an Tatorten usw. nicht irgendwann auf die Füße fällt.

Herr Engel hat gerade angesprochen: In der „WAZ“ von heute ist zu lesen, dass es große Probleme bei der Aufklärung von Wohnungseinbrüchen gibt.

Außerdem ist für unsere Fraktion interessant, dass die Landesregierung leider an einigen Punkten ein Stück weit den „Privat vor Staat-Kurs“ der vorherigen Landesregierung weiterfährt. Ja, die Polizeiwerkstätten bleiben erhalten, Herr Jäger. Aber Sie konnten sich nach den Ekel-, Schimmel- und Schnitzelskandalen nicht dazu durchringen, die Verträge mit den privaten Caterern zu kündigen und die polizeieigenen Einsatzküchen wieder einzuführen.

(Beifall von der LINKEN)

Es werden abermals 2,5 Millionen € für die Catererverpflegung eingeplant, aber dazu werden wir in Kürze in den Landtag einen politischen Antrag einbringen. Falls Sie dazu schon Pläne haben, würde es mich sehr interessieren, dass Sie die gleich vortragen.

(Beifall von der LINKEN)

Außerdem haben Sie unseren Antrag, die 13 Azubis in den Kfz-Werkstätten unbefristet zu übernehmen, nicht übernommen. Wir finden, das ist ein trauriges Signal an die jungen Leute, die dringend eine unbefristete Zukunftsperspektive brauchen.

(Beifall von der LINKEN)

In einem weiteren Punkt zeigen Sie, liebe Landesregierung, dass einige Ihrer Aussagen aus der Oppositionszeit nicht allzu ernst zu nehmen sind. Ich zitiere Konrad Adenauers Satz „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“. So behalten Sie die Landesreiterstaffeln bei, obwohl deren Abschaffung für den Landeshaushalt eine Entlastung von etwa 700.000 € bedeuten würde. Die heutige Vorsitzende des Innenausschusses, Monika Düker, hat ihrer Zeit in der Opposition die damalige Wiedereinführung der Reiterstaffeln durch CDU und FDP als „billigen Populismus“ bezeichnet, der „keine zusätzliche Sicherheit schafft“. – Das ist einen Applaus wert, finde ich.

(Beifall von der LINKEN)

Meine sehr verehrte Damen und Herren von den Grünen, von diesen Äußerungen ist jetzt nichts mehr zu hören, und die Reiterstaffeln werden wider besseren Wissens weiter betrieben. Damals kritisierte Frau Düker, dass klar werde, für wen hier Po-

litik gemacht werde, wenn gleichzeitig die Flüchtlingsinitiativen massiv unterfinanziert blieben.

Damit kommen wir zum nächsten Punkt. Bei einem für die Linke sehr elementaren Punkt hat es – das will ich an dieser Stelle nicht verhehlen – nicht zuletzt durch unsere Haushaltsanträge Druck gegeben, der zu einer signifikanten Verbesserung geführt hat: Im Flüchtlingsbereich hat die Landesregierung nachgearbeitet und zum Beispiel den Haushaltsansatz für die Förderung der Flüchtlingsarbeit an bestimmten Stellen auf 180.000 € hochgesetzt; an anderen Stellen ist es ähnlich. Das begrüßt die Fraktion Die Linke ausdrücklich.

(Beifall von der LINKEN)

Allerdings glauben wir, dass die Mittel trotzdem an vielen Stellen nicht ausreichen werden. Der Flüchtlingsrat und auch die Flüchtlingsinitiativen sind weiterhin unterfinanziert. Das gilt vor allen Dingen, wenn wir mit einem erhöhten Flüchtlingsaufkommen aus Nordafrika rechnen müssen; insofern brauchen wir eine Verstärkung und auch gute Beratungsangebote.

(Beifall von der LINKEN)

Eines ist wieder einmal sehr zwiespältig: Sie haben den Ansatz für Abschiebungen zwar reduziert, aber leider nur um 2 Millionen €. Es werden also auch in diesem Jahr wieder viele Abschiebungen durchgeführt werden. Erst gestern ging wieder ein Flieger mit Roma in den Kosovo. Das war eine Sammelabschiebung in ein Land, wo die Menschen Elend, Antiziganismus und Gewalt erwartet. Wir fordern Sie deswegen auf, den entsprechenden Ansatz im Haushalt weiter zu reduzieren, endlich eine konsequente Politik zu verfolgen, die Abschiebungen vermeidet, und sich auf Bundesebene für ein humanitäres Bleiberecht einzusetzen.

(Beifall von der LINKEN)

Für die Linke ist gerade in Bezug auf Roma und Sinti nicht nur klar, dass wir ihnen gegenüber eine historische Verantwortung tragen, sondern für uns gilt auch weiterhin: Kein Mensch ist illegal.

(Beifall von der LINKEN)

Erfreut hat unsere Fraktion zur Kenntnis genommen, dass die Landesregierung die Mittel zur Einrichtung von Beratungsstellen für Opfer von rechter Gewalt erstmalig in den Landeshaushalt eingestellt hat. Das zeigt, dass unsere Überzeugungsarbeit – durch unseren Haushaltsantrag und durch den Druck, den wir immer wieder in der Öffentlichkeit und über kleine Anfragen aufgebaut haben – endlich Früchte getragen hat.

(Beifall von der LINKEN)

Die Linke wird sich auch über das Haushaltsjahr 2011 hinaus dafür einsetzen, dieses Beratungsangebot zu verstetigen und dafür dauerhaft eine solide finanzielle Basis zu schaffen. Da sich die rot-grüne

Regierung auf unser Drängen hin dazu entschlossen hat, selber einen entsprechenden Haushaltsantrag einzubringen, gehen wir davon aus, dass wir – wenn wir uns da einig sind – am Freitag gemeinsame Mindeststandards für ein qualifiziertes Beratungsangebot auf den Weg bringen, auf deren Basis das eigentliche Konzept dann zügig entwickelt werden kann.

(Beifall von der LINKEN)

Mit dem Antrag, den wir am Freitag einbringen, und mit diesen Qualitätsstandards soll zumindest diese Basis gelegt werden, die auch Herr Bolte gerade angesprochen hat. Denn wir brauchen die Sicherheit, dass dann auch wirklich etwas passiert. Deswegen bringen wir am Freitag diesen Antrag ein.

Ich würde gerne noch kurz etwas zum Thema „Prävention“ und insbesondere zum Präventionskonzept von Herrn Jäger sagen. Auch das ist, finde ich, ein zweischneidiges Schwert. Natürlich begrüßen wir Prävention; wir begrüßen die Vermeidung von Haft für junge Leute; wir finden es gut, wenn junge Leute gar nicht erst in ein Jugendgefängnis gehen, sondern aufgefangen werden, bevor die eigentlichen kriminellen Karrieren starten. Das alles nehmen wir zur Kenntnis; auch wir kennen die Ergebnisse der Enquetekommission und beteiligen uns natürlich an der Arbeitsgruppe.

Andererseits besteht aber auch das Problem – ich weiß, das können Sie nicht allein lösen, Herr Jäger, aber ich sage es einmal –, dass die kommunalen Jugendhilfen massiv unterfinanziert sind. Die kriminellen Karrieren starten oft noch viel früher, und die Familien bräuchten eigentlich intensivere Beratungs- und Betreuungsangebote. Man macht aber nur Flickschusterei. Immerhin: Ich begrüße, dass die jugendpolitischen Sprecher in die Arbeit der Präventionsgruppe einbezogen werden. Denn es ist, wie ich finde, falsch, beim Thema Jugendkriminalität den Fokus auf Inneres und Justiz zu legen. Bei diesem Thema müssen die sozialen Einrichtungen und muss die Jugendhilfe beteiligt werden; das ist ganz, ganz wichtig.

(Beifall von der LINKEN)

Nicht zuletzt erkennt die Linke – das haben wir auch als Antrag formuliert – noch ein gehöriges Sparpotenzial im Einzelplan des Innenministeriums: 4,6 Millionen € werden für das Landesamt für Verfassungsschutz veranschlagt. Es ist ja kein Geheimnis, dass wir eine grundsätzliche Kritik an der Arbeit von Geheimdiensten üben. Aber hier kommt hinzu, dass es für Parlamentarier und Parlamentarierinnen nahezu keine Möglichkeit gibt, zu kontrollieren, was für den Verfassungsschutz überhaupt ausgegeben wird. Wie viele V-Leute werden denn jetzt in der Naziszene eingesetzt und verhindern so möglicherweise abermals – wie vor zehn Jahren – ein NPD-Verbot? Wie viele Leute bespitzeln denn jetzt linke Gruppen? Der Abschnitt über die Partei

Die Linke im letzten Verfassungsbericht ist keinen Cent wert.

(Beifall von der LINKEN)

Möglicherweise hat ihn ja ein Praktikant oder eine Praktikantin geschrieben. Seit unserer Kleinen Anfrage wissen wir ja, dass Praktikanten und Praktikantinnen in NRW-Ministerien keine Vergütung bekommen.

(Beifall von der LINKEN)

Angesichts der absolut unvollkommenen parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste fordert die Linke weiterhin konsequent die Abschaffung des Verfassungsschutzes in der jetzigen Form. Wir fordern, das Geld für die Schlapphüte im NRW-Haushalt auf null zu setzen. Denn dieses Geld kann sinnvoller eingesetzt werden, etwa um die Situation von Flüchtlingen zu verbessern oder um jungen Menschen im öffentlichen Dienst eine Zukunftsperspektive zu geben.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

An der Abstimmung zu Einzelplan 03 nehmen wir nicht teil. Das haben wir angekündigt; das gebe ich gleich auch so zu Protokoll. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit – auch für die Ihre, Herr Stotko.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Conrads. – Für die Landesregierung hat das Wort nun Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es zeichnet die Innenpolitiker ja immer wieder aus, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen überwiegend über inhaltliche Themen wie die Rolle des Staates und das Schutzbedürfnis von Menschen und weniger über Zahlen miteinander diskutiert wird. Deshalb will ich gleich verstärkt auf das eingehen, was im Rahmen der heutigen Debatte an Fragen an mich gerichtet wurde, und weniger auf das, was ich vom Haus zugeliefert bekommen habe.

Gestatten Sie mir aber dennoch ein paar Hinweise: Wir werden dieses Jahr in 35 Behörden die blaue Uniform einführen und 2.000 neue Funkstreifenwagen anschaffen. Wir werden – Herr Engel, Sie brauchen keine Befürchtungen zu haben – drei Monate früher als ursprünglich geplant das Modellvorhaben „Digitalfunk in Nordrhein-Westfalen“ in den Probetrieb gehen lassen – und das trotz geringerer Mittel, weil die Notwendigkeit nicht so groß ist und wir in Nordrhein-Westfalen mit strammen Schritten nach vorne gehen. Sie wissen, dass wir im Konzert mit anderen handeln. Andere sind

aber noch nicht so weit wie wir. Deshalb müssen wir nicht unbedingt in diesem Jahr über die entsprechenden Mittel verfügen.

Ich werde versuchen, jetzt auf die eine oder andere innenpolitische Frage einzugehen, die im Rahmen der Debatte angesprochen worden ist.

Das erste Thema ist mir persönlich wichtig: Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Es hilft uns in diesem Land nicht weiter, wenn wir eine Scheindebatte über mögliche Lösungen führen, indem wir eine Erhöhung des Strafmaßes fordern. Das bringt uns nicht weiter.

(Beifall von der LINKEN)

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Gestern hat das Landgericht Mönchengladbach einen Täter verurteilt, der einen Polizeibeamten mit einem einzigen Tritt ins Gesicht lebensbedrohlich verletzt und lebenslang entstellt hat. Das Landgericht hat diesen Angriff als Mordversuch gewertet und eine Freiheitsstrafe oberhalb von sieben Jahren verhängt. Damit wird deutlich: Der bestehende Rechtsrahmen ist mehr als ausreichend, um in solchen Fällen zu sühnen und zu strafen.

Ich glaube, dass wir in dieser Gesellschaft drei andere Dinge brauchen, nicht um der Zahl der Angriffe, sondern um der besorgniserregenden Brutalität entgegenzutreten, mit der gegen Beamtinnen und Beamte vorgegangen wird.

Das Erste ist aus meiner Sicht die Ausbildung. Diese ist in Nordrhein-Westfalen konzeptionell außerordentlich gut angelegt. Gelegentlich muss geschaut werden, ob man sie nicht noch mehr verstärken kann. Die Beamtinnen und Beamten sollten ein Training erhalten, damit sie deeskalierend und beruhigend in Situationen gehen und sich selbst weniger zum Ziel von Angriffen machen.

Das Zweite ist – das sage ich Ihnen ganz offen –, die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Dienst so auszustatten, dass sie alle Instrumente und alle Mittel zur Verfügung haben, um sich effektiv zur Wehr zu setzen. Das darf keine Frage von Haushaltsmitteln sein. Alle innovativen Produkte, die auf den Markt kommen, sind auf den alltäglichen Einsatz hin zu betrachten.

Wichtig ist der dritte Punkt: Wir alle sind gefordert, das Bild der Polizei in unserer Gesellschaft so zu prägen, dass denjenigen Respekt und Wertschätzung entgegengebracht wird, die für die Sicherheit in diesem Land Verantwortung tragen. Ich sage Ihnen ganz offen, was mir Beamtinnen und Beamte berichten. Das eine sind die physischen Auseinandersetzungen mit dem einen oder anderen Täter. Mangelnde Wertschätzung zeigt sich für sie auch in den zunehmend stattfindenden verbalen Auseinandersetzungen. Selbst als Raser geblitzte Bildungsbürger entwickeln ein Auftreten, das mit Respekt und Wertschätzung nur wenig zu tun hat. Wir sind

als Multiplikatoren alle gefordert, ihnen auch als Bürgerinnen und Bürger, die nicht angreifen, wertschätzend und respektvoll gegenüberzutreten.

Ich würde gern noch auf zwei Dinge eingehen, die mir wichtig sind. Herr Kruse hatte kw-Vermerke und Stellenabbau angesprochen. Ich will jetzt nicht auf die Zahlen abheben, die darlegen, wie wirkungslos Ihr Vorhaben in großen Teilen war, um einen Stellenabbau in der Landesverwaltung zu erreichen. Darauf will ich gar nicht eingehen. Ich will auch nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität eingehen.

Ihre Vorgehensweise war, die Kernbereiche der Landesverwaltung, nämlich Polizei – Gott sei Dank –, Schule – Gott sei Dank – und Steuerverwaltung aus dem Stellenabbau auszunehmen und stattdessen immer wieder auf dieselben Kernbereiche der Landesverwaltung kw-Vermerke in der Größenordnung von 1,5 % anzuwenden. Das ist so, als ob man mit einem Rasenmäher immer wieder über dieselbe Stelle geht und sich hinterher wundert, dass da kein Gras mehr wächst. – Das ist in der Tat am Beispiel der Bezirksregierungen festzumachen.

Wir haben am 15. Juli letzten Jahres in den Bezirksregierungen die Situation vorgefunden, dass nur noch 82 % der Stellen besetzt waren, obwohl den Bezirksregierungen in den letzten fünf Jahren unter Ihrer Regierung erhebliche Aufgaben zusätzlich aufgebürdet worden sind. Die Bemerkung des Kollegen Stotko ist völlig zu Recht gefallen: Das ist ein Grund dafür, warum Envio überhaupt so arbeiten konnte, wie es gearbeitet hat, nämlich wegen der mangelnden Kontrollen. Wir wirken dem entgegen, indem wir uns im vorhandenen Stellenplan einer Stellenbesetzungsquote von 97 % nähern wollen. Dafür stellen wir 25 Millionen € zur Verfügung.

Der zweite Punkt, der mir persönlich wichtig ist, wurde mehrfach angesprochen. Ich spreche vom Projekt „Kriminalprävention bei delinquenten Kindern und Jugendlichen“. Das ist ein neuer Weg, den es in der Bundesrepublik bisher nicht gab. Wir werden in wissenschaftlich evaluieren lassen. Er muss wirksam sein, wenn wir ihn gehen. Das muss darstellbar sein.

Wir haben dieses Projekt in der letzten Woche im Innenausschuss vorgestellt. Die Diskussion dazu war außerordentlich sachlich, außerordentlich gut. Meine Damen und Herren von der CDU, ich kann deshalb nicht verstehen, dass ausgerechnet Sie jetzt vorschlagen, die Mittel in diesem Haushalt zu kürzen. Wir haben in der Enquete-Kommission gemeinsam genau diese Handlungsempfehlung entwickelt. Ich kann Ihre Haltung in der Frage der finanziellen Ausstattung dieses Projektes daher nicht nachvollziehen.

Frau Conrads hatte mich im Zuge der Haushaltsberatungen darauf angesprochen, wie es mit den Küchen aussieht und warum wir den Caterern nicht kündigen. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die

alte Landesregierung mit fünf Caterern im Land Nordrhein-Westfalen Verpflegungsverträge für die Beamtinnen und Beamten im Einsatz abgeschlossen hat. Drei erfüllen diese Aufgabe beanstandungsfrei. Die beiden Caterer, bei denen die Verpflegung qualitativ nicht in Ordnung war, wurden abgemahnt und fristlos gekündigt. Wir finden rechtsverbindliche Verträge vor, aus denen wir nicht mal so eben aussteigen können.

Von Berufsverbänden und Gewerkschaften wird der Wunsch an mich herangetragen, zu den Zeiten zurückzukehren, in denen die Polizeiküchen die Verpflegung selbst übernommen haben. Das mag wünschenswert sein. Aber wir haben eine Situation vorgefunden, in der es die Philosophie „Privat vor Staat“ gab. Diese Privatisierung der Küchen war nicht billiger. Wir müssen jedoch auch feststellen, dass eine Wiederherstellung einen Aufwand in Millionenhöhe bedeuten würde. Dies ist gegenüber dem Steuerzahler nicht begründbar. Man muss einen vernünftigen Weg gehen. Einen vernünftigen Weg haben wir skizziert, indem wir zwei Caterern gekündigt haben. Die Behörden sind dort wieder selbst in der Verantwortung – das wollen sie auch –, für die Verpflegung der Beamtinnen und Beamten im Einsatz zu sorgen. Das tun sie sehr flexibel und sehr kreativ mithilfe von Wohlfahrtsverbänden, Ausbildungsküchen und Ähnlichem. Das gelingt auf einem qualitativ außerordentlich hohen Niveau. Ich habe keine Sorge, dass da etwas nicht so läuft, wie es laufen sollte.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen will – neben den Asylbewerberzahlen, die so stark steigen, dass wir im Einzelplan 03 die dafür erforderlichen zusätzlichen Haushaltsmittel haben vorsehen müssen –, ist mir sehr wichtig. Wenn wir schon innenpolitische Themen behandeln, anstatt eine Haushaltsberatung zu führen – was ich außerordentlich begrüße –, dann müssen Sie verstehen, Herr Engel, dass ich auch diesen Punkt anspreche.

Sie sagen zu Recht, wir dürften in dieser Gesellschaft an keiner Stelle rechtsfreie Räume dulden. In der Tat gab es wahrscheinlich schon immer Quartiere und Wohnviertel und gibt es sie noch, wo die Polizei nur mit starker Präsenz ihre hoheitlichen Aufgaben erfüllen kann. Wenn wir uns aber über diesen Grundsatz einig sind, dann darf auch der gesellschaftliche Bereich, der eine immer größere Bedeutung gewinnt, kein rechtsfreier Raum sein: das Internet. Was früher die Beleidigung am Gartenzaun war, ist heute die Beleidigung in Blogs. Was früher der Betrug beim Haustürverkauf war, ist heute der Betrug bei Ebay. Meine Damen und Herren, wenn wir doch wissen, dass allein in diesem Segment der Straftaten von 2009 auf 2010 eine Steigerungsrate von 27 % zu verzeichnen war, dann wissen wir auch, dass da Handlungsbedarf besteht.

Und jetzt komme ich dazu, dass Sie zu Recht formulieren, dass eine Polizei in der Lage sein muss,

eine solche Entwicklung aufzugreifen und ihr zu begegnen. Aber dann, Herr Engel, muss man ihr auch die Mittel dazu an die Hand geben. Das geht nicht nach dem Motto: Management by Terror, Ziele vorgeben, Mittel verweigern. – Wenn wir wirksame Strafverfolgung bei schwersten Straftaten im Internet erreichen wollen, gehört dazu auch eine Mindestspeicherdauer. Wir brauchen den Zugriff auf Verkehrsdaten, um beispielsweise im Rahmen der organisierten Kriminalität oder bei der Verbreitung von Kinderpornografie Täter zu ermitteln und Opfer zu schützen. Hinter jedem Bild, das da verschickt wird, steht ein missbrauchtes Kind. Wenn wir diese Verkehrsdaten nicht zur Verfügung haben, werden schwerste Straftaten – allein in Nordrhein-Westfalen waren es im letzten Jahr 170 im Bereich der Kinderpornografie – nicht mehr zu verfolgen sein.

Ich bitte um Verständnis, wenn ich als Innenminister dem Parlament, in dem es unterschiedliche Haltungen zu diesem Thema gibt, sage: Wir müssen uns in dieser Gesellschaft zu einer Position durchringen, damit in einer Abwägung zwischen Bürgerrechten und Datenschutz auf der einen Seite und dem Recht der Bürgerinnen und Bürger auf die Verfolgung insbesondere schwerster Straftaten auf der anderen Seite die Ermittlungsbehörden, insbesondere die Polizei, ausreichende Mittel dazu zur Verfügung haben. Ich hoffe, dass wir in den nächsten Monaten parteipolitisch zusammenkommen, um zu einer Lösung zu gelangen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Auf der Rednerliste habe ich als Nächste Frau Conrads für die Fraktion Die Linke. Sie möchte aber nicht mehr sprechen. – Ich habe keine weiteren Rednerinnen und Redner auf der Liste. Wir sind damit am Ende der Beratung.

Die Abstimmung über diesen Einzelplan findet nach 14 Uhr statt. Das ist zwischen allen Fraktionen und dem Präsidenten dieses Hauses vereinbart.

Ich rufe daher nun auf:

Einzelplan 02 Ministerpräsidentin und Staatskanzlei

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 15/1702 hin und eröffne die Beratung für den

Teilbereich Ministerpräsidentin und Staatskanzlei

Zunächst meldet sich zu diesem Punkt für die CDU-Fraktion Herr Laschet zu Wort.